Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Zeilenzeile im Amtshauptmannschaftsbezirk M 20 (Familienanzeigen und Stellengesuche Mitglieder 15), auswärts 35, für die 90 mm breite Petit-Reklamezeile 50, auswärts 100, für die 90 mm breite amtl. Colonelzeile 35, auswärts 65 Goldpfennig.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12296.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Erzgeb. Nr. 70.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Lößnitz, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprecher: Aue 25, Lößnitz (Amt Aue) 140, Schneeberg 10, Schwarzenberg 501. Drahtanschrift: Volksfreund Erzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis spätestens 9 Uhr in den Geschäftsstellen. Für Gewähr für das Erscheinen der Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher entgegengenommenen Anzeigen. — Für Rückzahlung unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 104. Mittwoch, den 6. Mai 1925. 78. Jahrg.

Amtliche Anzeigen.

Erloschen ist die **Maul- und Klauenseuche** unter dem Viehbestande des Wirtschaftsbesitzers Albert Beyreuther, Markt 11. Die für dieses Gehöft angeordneten Schutzmaßnahmen werden wieder aufgehoben.

Schwarzenberg, den 2. Mai 1925.

Der Rat der Stadt. — Vollzeiamt. —

Leseholzscheine.

An bedürftige Einwohner können auch dieses Jahr Leseholzscheine für den Stadtwald abgegeben werden. Meldungen werden bis Sonnabend, den 9. Mai 1925, im Stadthaus 2, Zimmer Nr. 8, und in der Verwaltungsstelle Neuwelt entgegengenommen. Die alten Leseholzscheine sind zurückzugeben.

Schwarzenberg, den 30. April 1925.

Der Rat der Stadt. — Wohlfahrtsamt. —

Flur-Neuaufnahme Niederschlema.

Die Flur-Neuaufnahme ist so weit fertig gestellt, daß demnächst Umdrucke der Karten geliefert werden können.

Es können bezogen werden:

a) Einzelblätter der Urkarte im Maßstab 1 : 1000,
b) Uebersichtspläne über die ganze Flur im Maßstab 1 : 2500,
c) Messungshandrisse.

Nähere Auskünfte und die Preise sind bei der Gemeindeverwaltung — Zimmer 5 — zu erfahren.

Interessenten wollen Bestellungen baldigst — spätestens bis 15. Mai 1925 — mitteilen.

Niederschlema, am 2. Mai 1925. Der Gemeinderat.

Nutz- und Brennholzversteigerung. Pöhlaer Staatsforstrevier.

Montag, den 18. Mai 1925, von vorm. 9 Uhr an, im Gasthof „Siegelhof" zu Pöhla:

1063 w. Stämme 7—15 cm, 794 w. Stämme 16—22 cm, 94 w. Stämme 23/pp cm, 135 h. Klöße 7—15 cm, 292 h. Klöße 16—65 cm, 3,0—4,5 m lg., 6551 w. Klöße 7—15 cm, 4814 w. Klöße 16—50 cm, 4,0 m lg., 23 h. Derbstangen 8—15 cm, 16 w. Derbstangen 13—15 cm, 7,5 rm h. Nutzknüppel, dav. 6 rm 2,0 m lg., 34,5 rm w. Nutzknüppel;

ab vorm. 12 Uhr:

252 rm h. Brennholz, 706 rm w. Brennholz und 452 rm w. Brennreisig. Abt. 49, 61, 62 Schläge, 23, 24, 38 Durchforstungen, 13, 18, 37, 39, 59—62, 64, 70 Einzelentnahme.

Forstamt Pöhla. Forstkasse Schwarzenberg.

Nutzholzversteigerung. Johanngeorgenstädter Staatsforstrevier.

Freitag, am 15. Mai 1925, von mittags 12 Uhr an, im Gasthaus „Waldental" in Aue:

Klöße: 3542 fi. 7—12 cm, 1577 fi. 13—15 cm, 3087 fi. 16—22 cm, 1409 fi. 23—29 cm, 451 fi. 30—44 cm. Derbstangen: 278 fi. 8—9 cm, 392 fi. 10—12 cm, 163 fi. 13—15 cm. Reisstangen: 240 fi. 6—7 cm. Nutzknüppel: 1,5 rm fi.

Forstamt Johanngeorgenstadt. Forstkasse Schwarzenberg.

Nutz- und Brennholzversteigerung. Auersberger Staatsforstrevier.

Mittwoch, den 13. Mai 1925, von vorm. ½12 Uhr, im Gasthofe „Carlshof" in Schönheiderhammer:

Stämme: 96 fi. 16—19 cm, 2 fi. 20—31 cm, 1 fi. 24 cm; Klöße: 2569 fi. 7—15 cm, 1526 fi. 16—22 cm, 849 fi. 23—44 cm, 153 h. 13—15 cm, 115 h. 16—37 cm; 8,0 rm fi. Nutzknüppel; 130,0 rm fi. Brennscheite; 0,5 rm bu. Brennscheite; 86,5 rm fi. Brennknüppel; 19,5 rm bu. Brennknüppel; 7,5 rm fi. Zacken; 26,0 rm fi. Brennäste; 19,5 rm bu. Brennäste. Ausbereitet in den Abt. 10 Kahlschlag, 10, 60, 61, 62, 63, 65, 71 Einzelentnahmen, 21, 49, 54 und 55 Durchforstungen.

Forstamt Auersberg. Forstkasse Schwarzenberg.

Die Ruhrentschädigungen.

Eine Verpflichtung des Reiches.

Dr. Stresemann vor dem Ruhrausschuß.

Vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstages für die Ruhrentschädigungen wurde Montag Reichsaußenminister Dr. Stresemann vernommen. Er erklärte über die Absichten der Parteien bei dem Vertragsabschluß folgendes:

Bei den Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und dem rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau sind die Verpflichtungen der Regierung weit über den Charakter einer moralischen Verpflichtung hinausgegangen. Stinnes hat einmal bei diesen Verhandlungen den Ausdruck gebraucht: „Ich muß, wenn es hart auf hart geht, in der Lage sein, die Erklärung der Reichsregierung eventuell lombardieren zu können, um Geld zu beschaffen". Der grundlegende Satz im Protokoll über die Verhandlungen der Reichsregierung am 20. Oktober 1923 lautet: „Das Reich anerkennt die Verpflichtung zur Ersatzleistung. Die Ersatzleistung tritt ein, sobald die Reichsfinanzen in Ordnung gebracht sind."

Dr. Stresemann fuhr fort: Es war also gar kein Zweifel beim Wiederaufbauministerium möglich, daß es sich hier um eine bindende Verpflichtung handelte. Es ging ja auch um Summen, bei denen es klar war, daß sie auf die Dauer von den Beteiligten aus eigener Kraft nicht getragen werden konnten und daß sich deshalb das Reich bei den damaligen Verhandlungen sagen mußte, es würde zu gegebener Stunde voraussichtlich in Anspruch genommen werden.

Am 10. April hat Reichskanzler Marx folgendes Schreiben an die Sechserkommission gerichtet: „Das Reich erkennt an, daß auch die Lieferungen des Ruhrbergbaues nach dem 15. April 1924 einen Teil der Reparationsleistungen darstellen. Das Reich wird die Zahlungen leisten, sobald Anleihemittel dazu zur Verfügung stehen."

Am 30. Juli haben wir den Ruhrindustriellen jenen Betrag von Schatzanweisungen übergeben, der Ihnen ja bekannt ist, um so ein längeres Aushalten zu ermöglichen. Es handelte sich um vorgestreckte Reparationsleistungen für das Deutsche Reich, die das Reich zu übernehmen es sich verpflichtet hatte, sobald seine Finanzen in Ordnung seien. Hieraus ergibt sich für mich, daß das Reich eine privatrechtliche Bindung übernommen hat.

Am Schluß seiner Aussagen wandte sich Dr. Stresemann gegen die Darstellung, als sei eine spezielle Ausschaltung der sozialdemokratischen Mitglieder in dieser Frage erfolgt. Das sei nicht der Fall. Es habe kein Grund für das Ausschalten bestanden, da in dem Prinzip der Anerkennung dieser Forderungen, um den Ruhrbergbau wieder in Gang zu bringen, das Kabinett vollkommen einig gewesen sei. Auch Wiederaufbauminister Schmidt sei nicht ausgeschaltet worden. Das Ganze sei doch die Frage gewesen, mit der das Kabinett sich in jener Zeit zu befassen hatte. Bei Besprechung mit den Herren Hugo Stinnes und Vögeler seien auch die Minister Sollmann, Schmidt und Braun anwesend gewesen.

Die Vernehmung Dr. Stresemanns wurde dann durch die Vernehmung des Reichsfinanzministers Dr. v. Schlieben unterbrochen. Er erklärte u. a., er habe die Abmachungen mit der Sechserkommission als bindende vertragliche Verpflichtungen betrachtet.

Auf eine Frage des Abg. Stöcker (Komm.) erklärte dann Dr. Stresemann: In jener Zeit, im April, als es sich um die tatsächliche Aufnahme der Zahlungen handelte, kam für uns doch auch ein ganz wesentlicher politischer Gesichtspunkt in Betracht. Wir standen vor der Frage: Wollen wir hinarbeiten auf das Dawes-Gutachten oder auf einen Bruch mit Frankreich? Ich sagte mir: kommt es jetzt zum Bruch, werden die Micum-Verträge nicht verlängert, dann haue ich damit das ganze Dawes-Gutachten in Stücke. Dieser Gesichtspunkt ist für die Regierung von größter Bedeutung gewesen. Jedermann ist bekannt, daß damals in der Zeit zwischen dem Abbruch des passiven Widerstandes und der Wiederingangsetzung der Ruhrindustrie das Rheinland und das ganze Reiche der schwersten Belastungsprobe ausgesetzt waren wegen der unmöglichen Situation, daß wir mit leeren Händen vor das Rheinland treten mußten, weil Paris, das damals ein Interesse an einer starken Spannung zwischen dem Rheinlande und dem Reiche hatte, sich prinzipiell weigerte, mit der Reichsregierung zu verhandeln, um so die Reichsregierung als ohnmächtig hinzustellen. Ein verantwortlicher Minister mußte sich damals mit der Frage beschäftigen, ob wir diese Spannung aushalten könnten, und ob sie nicht so unerträglich sein würde, daß sie zu einer Situation führen könnte, bei der wir das Rheinland nicht halten konnten. Es kann natürlich gar keine Rede davon sein, daß irgend jemand im Kabinett bei der Uebernahme der Verpflichtungen den Gedanken ihrer Ablösung durch die Trennung des Rheinlandes vom Reiche ins Auge gefaßt hätte. Der Gedanke, sich um die Zahlung von 300 bis 400 Millionen zu drücken, das deutsche Rheinland abzustoßen, ist derartig pervers und schamlos, daß kein Deutscher ihn hegen konnte. Für uns ist maßgebend gewesen, daß alles darauf ankäme, der Bevölkerung dieses Landes, die in der Zeit des passiven Widerstandes unendlich viel gelitten hatte, und die wir doch schließlich in die Arbeitslosigkeit hineingetrieben hatten. Wir empfanden die moralische Verpflichtung, dafür auch finanziell einzustehen. Das war einfach die moralische Konsequenz des von uns geförderten passiven Widerstandes. Wir waren bei seiner Aufgabe verpflichtet, die Dinge wieder in Ordnung zu bringen.

Im Verlauf der weiteren Vernehmung sagte Dr. Stresemann aus: Uns hat eines vor Augen gestanden: Den Zechen, wenn sie die Sache wieder in Gang brächten, auch diejenigen Aufwendungen nach Sanierung der Reichsfinanzen zurückzuerstatten, die sie für uns vorgelegt hatten. In erster Linie kam es gar nicht darauf an, ob das Reich unter Umständen dabei ein schlechtes Geschäft machte, sondern für uns stand das eine vor Augen, daß wir uns sagten: Wenn die Dinge dort nicht zustande kommen, werden Millionen von Arbeitslosen vorhanden sein und dann kommt es zu einem ganz anderen Zusamenbruch.

Es erfolgte die Vernehmung des Ministerialdirektors Dr. Brandt vom Reichsfinanzministerium über die Frage: Hat das Reichsfinanzministerium den Standpunkt vertreten, daß der Reichstag vor Zahlung der Entschädigungen befragt werden müsse? Dr. von Brandt sagte aus: Es ist mir nicht erinnerlich, daß man auf dem Standpunkt gestanden hat, eine gesetzliche Festlegung sei notwendig. Seinerzeit wurde im Finanzministerium ein Ueberblick über die Sachlage gegeben. Im Anschluß daran trat man an die Etatsabteilung heran, um einen bestimmten Betrag zur Verfügung zu erhalten, und zwar für solche Ansprüche, die nicht durch die Micumabsagen gedeckt waren, für diejenigen, die bisher noch nichts erhalten hatten. Schätzungsweise wurden dafür 20 Millionen benötigt. Die Frage, ob hierfür die Mitwirkung des Reichstags erforderlich sei, sollte dadurch nicht berührt werden. Aus der Erwähnung der Mitwirkung des Reichstags ist jedenfalls der gute Glaube der Reichsregierung zu folgern. Dann kam die Auflösung. Man gewann den Eindruck, daß sich doch eine Reduktion der Ansprüche im allgemeinen Interesse erzielen lasse, zumal sich die Kassenlage in nicht vorhergesehener Weise besserte. Für die Abgeltung erpreßter Reparationslieferungen sind auf dem Verwaltungswege Entschädigungen in Höhe von 80 Prozent bezahlt worden. Daneben lief das Sonderverfahren auf Grund des Micumvertrages. Beide Verfahren waren unter dem Druck der finanziellen Verhältnisse eingestellt worden. Bei den Erstattungen für die erpreßten Reparationslieferungen handelte es sich also um die Wiederaufnahme eines Verfahrens, das 1923 ohne Rücksicht auf die rechtliche Sachlage eingestellt worden war. Bisher waren wir der Meinung, daß man mit der Deckung durch den Reichstag einig gehe. Der Reichskanzler hat sich damals genau so ausgesprochen wie hier im Ausschuß, dahingehend, daß durch das Abkommen eine diskontfähige Rücklage für die Bergindustrie geschaffen werden sollte.

Der Ausschuß stimmte der Einsetzung eines Unterausschusses zur eingehenden Materialsprüfung der Akten zu. Darauf wurden die Verhandlungen vertagt.

Das endgültige Wahlergebnis.

Berlin, 4. Mai. Nunmehr liegt das amtliche Ergebnis der Reichspräsidentenwahl vor. Stimmberechtigt waren 39 423 655. Ungültige Stimmen wurden 216 051 abgegeben. Die Zahl der gültigen Stimmen beläuft sich auf 30 351 948. Davon entfallen auf Hindenburg 14 655 766, auf Marx 13 751 615, auf Thälmann 1 931 151, zersplittert waren 13 416. Hindenburgs Mehrheit beträgt also 904 000 Stimmen. Wesentliche Aenderungen haben sich also in den Endziffern nicht ergeben.

Vor der Auflösung des Preußen-Parlaments?

Berlin, 4. Mai. Die Sozialdemokraten halten daran fest, den Landtag aufzulösen. In der heutigen Sitzung des interfraktionellen Ausschusses der Volksblockparteien einigte man sich dahin, daß, wenn das Kabinett Braun wiederum keine Mehrheit bekommen sollte, die Auflösung des Landtages eingeleitet werden soll. Auch Ministerpräsident Braun beabsichtigt, die Auflösung vorzunehmen, wenn das Kabinett bei der entscheidenden Abstimmung im Landtage keine Mehrheit für sich zu sichern in der Lage sei. Er hat sich unzweideutig in diesem Sinne heute ausgesprochen, und so wird dem Zentrum sein Widerspruch wenig helfen, wenn es nicht in letzter Stunde noch Anschluß nach rechts sucht, um durch Loslösung von der Sozialdemokratie dem preußischen Volke die Mühe und die Kosten einer Neuwahl so unmittelbar nach der vorangegangenen Wahl zu ersparen.

21 Millionen Dollars Kredite für Deutschland.

London, 4. Mai. „Daily Chronicle" meldet aus Neuyork: Der Monat April habe 21 Millionen Kreditabschlüsse mit Deutschland und rund 34 Millionen Kredite an Polen und die Randstaaten gebracht. Die neuen Kredite seien wesentlich kurzfristiger als die früheren, besonders Deutschland gegenüber.

Die Eröffnung des Deutschen Museums.

München, 4. Mai. Aus Anlaß der Eröffnung des Deutschen Museums für Technik und Naturwissenschaft unter Teilnahme hervorragender Persönlichkeiten aus dem ganzen Reiche prangt München im Festschmuck. Die offiziellen Eröffnungsfeierlichkeiten leitete am Montag eine Vorbesichtigung des Deutschen Museums durch die Vertreter der deutschen und der ausländischen Presse ein, bei der der Gründer und Förderer des Deutschen Museums, Geheimer Baurat Dr. Oskar v. Miller, die etwa 200 geladenen Pressevertreter durch die Ausstellungsräume des gigantischen Werkes führte.

Jahrtausendfeier des Rheinlandes.

Aachen, 4. Mai. Die Feierlichkeiten zur Jahrtausendfeier des Rheinlandes wurden hier am Sonnabend abend in Gegenwart einer großen Anzahl geladener Gäste, der Spitzen der geistlichen und weltlichen Behörden mit einem Festakt im Städtischen Konzertsaal eröffnet. Der Spezialforscher auf dem Gebiet des Krönungsrechts der Kaiser und Könige, Universitätsprofessor Eduard Eichmann-München hielt die Festrede über das Thema „Aachen als Krönungsstadt". Am Sonntag morgen erfolgte in Anwesenheit der zahlreichen Ehrengäste die feierliche Eröffnung der Krönungsausstellung im Rathaus. Die Ausstellung bringt den Gedanken der Zusammengehörigkeit von Rheinland und Reich und die besonderen Beziehungen zwischen beiden zum Ausdruck.

SLUB
Wir führen Wissen.